

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 293

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Montag, den 15. Dezember

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“
„Vöndmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“,
„Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg richtete an den aus seinem Amte scheidenden Präsidenten der deutschen Handwerks- und Gewerbetammer, Plate, ein sehr herzlich gehaltenes Dankschreiben.

* Der Reichsgesundheitsrat beschäftigte sich mit dem Lübecker Säuglingssterben und kam zu dem Ergebnis, daß die Krankheits- und Todesfälle nicht auf das Calmettesche Verfahren zurückzuführen seien.

* In Frankreich ist nach längeren und wechselvollen Verhandlungen ein neues Kabinett mit dem Senator Steeg an der Spitze gebildet worden.

* Schwere militärische Aufstände werden aus der kleinen spanischen Festung Jaca gemeldet. Nach einiger Angabe soll eine revolutionäre Bewegung durch das ganze Land gehen.

Reichstagsferien.

Nicht Tage früher, als wohl selbst die Regierung es angenommen und als Grenze gesetzt hatte, ist der Reichstag in die Ferien gegangen. Und zwar gleich für sieben Wochen. Auch jetzt besteht ein formeller Beschluß, daß kein Wiederzusammentritt an einem bestimmten Tage erfolgen soll, so daß die Opposition nicht die Möglichkeit besitzt, die Einberufung des Reichstages zu einem früheren Termin herbeizuführen. Das war — allerdings erfolglos — während der letzten Ferien des Reichstages versucht worden. Natürlich wird in den nächsten sieben Wochen der „Ballotbau“ nicht verodet dastehen, sondern dort wird nun die vielleicht wichtigste Arbeit des Reichstages beginnen: die Beratung des Reichshaushalts für 1931 im Schoße des Haushaltsausschusses. Vom Reichstag ist der „Haushaltentwurf 1931/32“ bereits angenommen worden. Dann ist der Reichskanzler von seinem ursprünglichen Vorhaben, auch diesem Entwurf durch die Notverordnung Gesetzeskraft zu geben, doch wieder abgekommen und läßt ihn durch die parlamentarische Mühle gehen. Da wird wohl manches zermahlen werden; denn die Deutsche Volkspartei z. B. hat ankündigen lassen, daß sie eine weitere Senkung der Ausgaben um 300 Millionen verlange. Nun ist der Haushalt mit 10,6 Milliarden ausgeglichen und so wäre die deutschvolksparteiliche Forderung ein Abstrich von 2,5 Prozent an den vorläufig vorgesehenen Ausgaben. Ihre Erhöhung ist ja — erfreulicherweise — durch die Notverordnung unmöglich gemacht worden und künftig sind auch solche Anträge wie der in der letzten Sitzung des Reichstages verhandelte, etwa 400 Millionen für eine große Winterbeihilfe an sozial Notleidende zu bewilligen, nicht bloß deswegen überflüssig, weil keine Deckung da ist, sondern weil die Ausgaben über die im Haushaltsentwurf festgesetzten überhaupt nicht hinausgehen dürfen.

Der Reichsfinanzminister hat zwar recht optimistisch geäußert, der Haushalt sei ausgeglichen und die „Gefahrenmomente“ seien aus ihm ausgeschaltet, aber Vorsicht ist besser als — Nachtragsetats, und das deutsche Volk, der hochbelastete Steuerzahler, ist dem Reichstag für jede Million dankbar, die an den Ausgaben gestrichen wird. Andererseits hat aber der Reichstag noch schnell eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen zur Notverordnung gleichfalls dem Haushaltsausschuß überwiesen, die vielfach das Gleichgewicht des Reichshaushalts in Einnahmen und Ausgaben zu bedrohen scheinen.

Auch die von der Mehrheit des Reichstages als unzeitgemäß abgelehnte Auseinandersetzung über die deutsche Außenpolitik wird wenigstens in einem seitdem sprunghaft gewordenen Punkt nachgeholt: im Auswärtigen Ausschuß wird man sich sehr ausgiebig über die nun zu Ende gegangenen „Abrüstungs“-Verhandlungen in Genf unterhalten und damit etwas berühren, über das in Deutschland ja nur eine einzige Meinung besteht. Daß wir uns in dem Protest gegen das Ergebnis dieser Konferenz auch auf zustimmende Erklärungen im angelfächischen Ausland beziehen können, kann freilich nichts daran ändern, daß wir machtlos einer Front der „Siegerstaaten“ gegenüberstehen, die über alle deutschen, ungarischen usw. Forderungen zur Tagesordnung übergegangen ist und auch künftig übergehen wird. Mehr als ein neuer Protest bleibt uns und dem Auswärtigen Ausschuß auch nicht übrig. Außerdem wird in die Reichstagsferien auch noch die Sitzung des Völkerbundesrats fallen, auf der die deutsche Beschwerde über Polen verhandelt wird, so daß der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt auch über genügend außenpolitischen Beratungsstoff verfügen wird.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Der Kanzler in der Ostmark.

Dem Vernehmen nach wird der Reichskanzler Dr. Brüning mit den beiden Ostministern Treviranus und Hirtleier und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther in den Ostthüringen demnächst an Ort und Stelle die Lage prüfen und Fühlung mit den beteiligten Kreisen persönlich aufnehmen. Die Reise ist für Anfang Januar geplant.

Die Wirtschaftspartei für höheres Wahlalter in Preußen.

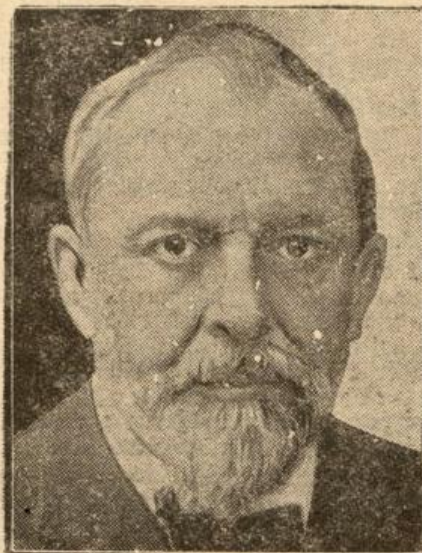
In der Begründung des Antrages der Wirtschaftspartei im Preussischen Landtag, das aktive Wahlalter von 20 auf 25 Jahre heraufzusetzen, wird erklärt, daß in der preussischen Verfassung festgesetzte Wahlalter von 20 Jahren habe sich nicht zum Wohle des Staates ausgewirkt, sondern zu einer vorzeitigen Politisierung der Jugend geführt und zum Schaden des Volkes den Einfluß der gereiften, selbständig verantwortungsfähigen Altersklassen des Volkes vermindert. Infolgedessen sei die Heraufsetzung des Wahlalters erforderlich.

Kabinett Steeg in Frankreich

Die neue französische Regierung.

Briand wieder Außenminister.

Nach längeren hin- und herschwantenden Verhandlungen ist an Stelle des gestürzten Tardieu ein neuer Ministerpräsident ernannt worden. Es ist das der Senator Steeg, der dem Präsidenten der Republik bereits die Ministerliste vorgelegt und Bestätigung dafür erhalten hat. Bezeichnend ist die Erhaltung Briands für die auswärtige Politik, auch die radikalen Politiker Sarraut, Chaumemps, Daladier und Barthou gehören dem Kabinett an. Es umfaßt im ganzen folgende Namen: Ministerpräsident und Kolonien: Steeg (radikal); Inneres: Peygues (linksrepublikaner); Justiz: Chéron (Republikanische Vereinigung); Aukeres: Briand (Sozialrepublikaner); Finanzen: Germain Martin (radikale Linke);



Ministerpräsident Steeg.

Budget: Palmade (Sozialrepublikaner); Krieg: Barthou (Demokratische und radikale Vereinigung); Marine: Albert Sarraut (radikal); Unterricht: Chaumemps (radikal); Nationale Wirtschaft (Handel und Industrie): Loucheur (radikale Linke); Landwirtschaft: Victor Voret (Demokratische und radikale Vereinigung); Öffentliche Arbeiten: Daladier (radikal); Post und Telegraphie: George Bonnet (radikal); Luftfahrt: Painlevé (Sozialrepublikaner); Handelsmarine: Daniélou (Unabhängige Linke); Arbeit: Grinda (linksrepublikaner); Pensionen: Thoumyre (linksrepublikaner); Gesundheitspflege: Queuille (radikal).

Dazu tritt eine Anzahl von Unterstaatssekretären. Alle Minister sind entweder Senatoren oder Abgeordnete. Poincaré, der eine Zeitlang selbst in Betracht kam, begünstigte die Wahl Steegs und dachte in zweiter Linie an Briand. Tardieu, der bisherige Ministerpräsident, der während seiner Regierungszeit unverhohlene Reklungen nach rechts befandete und bekanntlich scharf gegen Deutschland und dessen Abrüstungsverlangen auftrat, hatte seine Stützen bei der Rechten verloren, wird allem Anschein nach entschieden gegen Steeg auftreten, obwohl dessen Kabinett eine Reihe von Tardiens Mitarbeitern wieder angehört.

Nach links gerichtet?

Im allgemeinen herrscht die Ansicht vor, Steegs Kabinett bedeute eine deutliche Wendung nach links, obwohl es den Charakter eines erneuten Konzentrationsministeriums, das den Ausgleich zwischen den Parteien verkörpern soll, nicht verloren hat. Sein Schicksal wird abhängen vom Vertrauensvotum der Kammer, der sich das Kabinett am nächsten Donnerstag vorstellen will. Während die Anhänger Tardiens ihm sicher einen schweren Stand bereiten werden, sollen auf der anderen Seite die Sozialisten gesonnen sein, für Steeg zu stimmen.

Die Aussichten des Kabinetts Steeg.

In parlamentarischen Kreisen ist man schon jetzt äußerst gespannt auf den Kampf, der sich am Donnerstag vor der Kammer abspielen wird. Es steht nämlich noch keineswegs fest, ob Steeg trotz der Unterstützung der Sozialisten die Mehrheit erhalten wird.

Behörden und Landwirtschaft im Osten.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Dr. Siehr, hat angeordnet, daß die Beziehungen der ostpreussischen Behörden zum Landwirtschaftlichen Zentralverein Insterburg abzuklären sind, weil bei einer Beratung des Vereins über die Osthilfe gegen die Reichs- und Staatsregierung solche Angriffe gerichtet wurden, daß die anwesenden Beamten die Sitzung verlassen mußten. Auch die Einladungen der übrigen landwirtschaftlichen Zentralvereine sollen nur noch unter der Voraussetzung angenommen werden, daß unsachliche Angriffe gegen die Regierung unterbleiben.

Thüringen und Dr. Wirth.

Im Thüringischen Landtag wurde in der Polizeiaffäre mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Sozialdemokraten und Staatspartei bei Enthaltung der Kommunisten eine Entschliebung angenommen, in der der Landtag mit Entrüstung Kenntnis nimmt von den Versuchen des Reichsbanners und seiner Auftraggeber, Beamte der thüringischen Schutzpolizei als Denunzianten und Spitzel zu mißbrauchen und zur Verletzung ihrer Pflichten gegenüber dem Lande zu verleiten. Der Landtag verurteilt „die Art und Weise, mit der Reichsinnenminister Dr. Wirth in seinem einseitigen das Land Thüringen herausfordernden Polizeistreit sich jener verlogenen und dunklen Elemente bedient und dadurch das Land in große Schwierigkeiten gebracht hat.“

Aus In- und Ausland

Berlin. Die in Genf überreichte neue Beschwerdennote der Reichsregierung wegen der polnischen Ausschreitungen wird nunmehr amtlich veröffentlicht. Der Inhalt der Note ist bereits bekannt.

Berlin. Der Preussische Staatsrat verabschiedete eine Änderung des Diätengesetzes, wonach die Staatsratsmitglieder ein Tagegeld von einem Zwanzigstel der monatlichen Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten, die zurzeit 600 Mark beträgt, erhalten. Bisher betrug das Tagegeld der Staatsratsmitglieder 37,50 Mark.

Berlin. Im Preussischen Staatsrat, der die Etatberatungen fortsetzte, sollen die Regierungsvertreter, als Kritik an dem Plan eines neunten Schuljahres geübt wurde, durch Zurufe zu erkennen gegeben haben, daß dieser Plan bereits aufgegeben worden sei.

Frankfurt a. M. Auf dem städtischen Friedhof in Elville fand unter außerordentlich großer Beteiligung die Beisetzung des Zentrumsführers Dr. Forst statt. An der Beerdigung nahmen u. a. Reichskanzler a. D. Marx, die Minister Hirtleier und Steiger, Landtagspräsident Bartels und Staatspräsident Volk.

Warschau. Der polnische Ministerrat hat den letzten schwedischen Bündholzsanleihevertrag mit dem Kreuzer-Konzern und die damit zusammenhängende Verlängerung der Pacht des polnischen Bündholzmonopols angenommen.

Helsingfors. Wegen der Einführung des früheren finnischen Staatspräsidenten Stahlberg Angeklagten, Generalstabchef Wallentius, Oberstleutnant Kuusaari und die anderen Angeklagten, wurden aus der Haft entlassen. Die Haftentlassung hat im ganzen Lande größtes Erstaunen hervorgerufen. Der Prozeß selbst wurde auf den 18. Dezember vertagt.

Konovo. Die acht im Industrieparteiprozeß Verurteilten beabsichtigen an das Zentralvolkskongresskomitee der Sowjetunion ein neues Begnadigungsgesuch einzureichen und es mit ihrer vollständigen Reue zu begründen. Sie wollen ihre Dienste dem Sowjetstaate zur Verfügung stellen.

Preussischer Staatsrat zur Wirtschaftslage

Wiederherstellung der Rentabilität.

Der Preussische Staatsrat beendete die Beratung des preussischen Staatshaushaltsplanes für 1931. Das Gutachten des Hauptausschusses, das eine Reihe von Vorschlägen enthält, so auch den der Wiederherstellung des Grenzschutzes in den Haushalten, fand Annahme. Die Ansicht des Staatsrats zur Finanz- und Wirtschaftslage fand ihren Ausdruck in einer Entschliebung, in der es heißt: „Die Notlage der öffentlichen Wirtschaft ist eine Auswirkung der allgemeinen Wirtschaftskrise. Die Gesundheit der öffentlichen Finanzen beruht auf der Erhaltung und Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte. Die Pflege dieser Kräfte unter voller Berücksichtigung der arbeitenden Stände wird daher zur dringenden Aufgabe. Die bisherigen Methoden der Einzelhilfe und Subventionen erweisen sich den allgemeinen Zusammenbruchsercheinungen gegenüber immer mehr als wirkungslos. Das Ziel aller Maßnahmen muß die Wiederherstellung der Rentabilität der Wirtschaft sein. Ganz besonders gilt dies für die Landwirtschaft.“ Ein sozialdemokratischer Antrag, an Stelle der Getreidebölle ein Reichsmonopol für Ein- und Ausfuhr von Getreide und Mühlenzergewinnen zu setzen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 17 Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten abgelehnt.

Die nächste Sitzung des Staatsrats findet am 13. Januar 1931 statt.

Wieder Preussischer Landtag.

Am Sonnabend Weihnachtsserien.

Der Preussische Landtag tritt am Montag, den 15. Dezember, wieder zusammen. In der Eröffnungssitzung werden kleinere Vorlagen beraten werden. Am Dienstag soll die erste Beratung des neuen preussischen Haushaltes beginnen. Am Sonnabend wird der Landtag voraussichtlich in die Weihnachtsserien gehen.

Kritik am Brotgesetz.

Abänderungsanträge des Reichstages.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm eine Entschliebung des Abg. Perlittus (Ztr.) an, worin die Reichsregierung ersucht wird, durch Verhandlungen mit den Ländern auf eine

einheitliche Durchführung des Brotgesetzes,

insbesondere eine einheitliche Durchführung der Absatznahmebezugnis hinzuwirken. Den beteiligten Wirtschaftskreisen soll Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Angenommen wurden ferner Anträge der Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei. Die ersteren wollen die

Ausmahlung von Roggenmehl

wieder bis zu 70 Prozent zulassen. Außerdem sollen auch die Bestimmungen des Brotgesetzes wieder gestrichen werden, die zur Vermehrung des Roggenverzehrtes dienen sollten. Es soll also wieder Weizengroßbrot zugelassen

und der Zusatz von Kartoffelstärke mehr im Weizengebäck verboten werden. Ferner soll auch in den Getreideerzeugnissen wieder Weizengebäck verkauft werden können. Nach dem Antrag der Wirtschaftspartei ist unter Brot ein Großbrot im Gewicht von über 200 Gramm zu verstehen.

Der Ausschuß vertagte sich dann bis zum 13. Januar.

Volkstrauertag 1931.

Feiern im In- und Ausland am 1. März.
Der Ausschuss für die Festsetzung eines Volkstrauertages hat einstimmig beschlossen, den Volkstrauertag in Deutschland und in den deutschen Auslands-gemeinden zum Andenken an die im Weltkriege Gefallenen auch im kommenden Jahr am fünften Sonntag vor Ostern, Reminiszere (1. März 1931) in gleicher Weise wie in den Vorjahren zu feiern. Die Feiern soll wieder in Gottesdiensten, Läuten der Glocken und Saalfeiern bestehen. Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Religionsgemeinschaften, großer Körperschaften und Verbände zusammen. Den Vorsitz führt der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V., Reichsminister a. D. Dr. Gessler.

Der auswärtige politische Dienst.

Umzugskosten herabgesetzt.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde die Aussprache über die auswärtige Politik Deutschlands fortgesetzt. Reichsaussenminister Dr. Curtius sagte zu, daß in Zukunft die Umzugskosten bei Versetzungen, deren Höhe bemängelt worden war, bindend festgesetzt und außerdem 20 Prozent abgesetzt werden sollen. Dann wurden Übersetzungen unter allen Umständen vermieden werden.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Gesandter Dr. Köster, Leiter der Staatsabteilung des Auswärtigen Amtes, daß sechzig Beamte des Auswärtigen Amtes jetzt wegen Fehlens der erforderlichen Geldmittel nicht hinausgeschickt werden könnten. Es handele sich größtenteils um sehr verdiente Beamte, die sich bereits im Ausdienst bewährt hätten und die gebraucht würden.

Abgeordneter von Freytag-Loringhoven (Dm.) verlangte die Vorlegung der zugesagten Entschädigung, die den auswärtigen Staatsbeamten mit den Staats der anderen Länder verglichen soll. Bei der Abstimmung wurde eine Zentrumsentscheidung angenommen wonach die Reichsregierung ersucht wird, festzustellen, welche Beamten für die Staatsübersetzungen, insbesondere die Vorschubleistungen im Fonds für Umzugskosten des Auswärtigen Amtes, auf Grund der Reichshaushaltsordnung haftbar zu machen sind. Abgelehnt wurden dagegen ein deutschnationaler und ein nationalsozialistischer Antrag, von denen jener eine Befreiung des Vorschubwesens, dieser bestimmte Einsparungen erreichen wollte.

Zwischenfall im Rechtsausschuss des Reichstages.

Um die Person des Vorsitzenden.

Im Rechtsausschuss des Reichstages entspannen sich neue Auseinandersetzungen über den Posten des Vorsitzenden, den wieder der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II einnahm. Vom Zentrum wurde, wie schon vor einigen Tagen, gegen die Fortführung der Geschäfte durch Dr. Frank Einspruch erhoben und beantragt, den Ausschuss zu vertagen und im Abschied eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob der Vorsitzende eines Ausschusses durch die Mehrheit dieses Ausschusses abgesetzt werden könne.

Nach längerer Aussprache wurde ein nationalsozialistischer Antrag, über den Zentrumsantrag zur Tagesordnung überzugehen, mit 12 gegen 12 Stimmen, also bei Stimmengleichheit, abgelehnt. Der Antrag des Zentrums dagegen wurde mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Dafür stimmten außer den Antragstellern die Sozialdemokraten, die Staatspartei und der Christlichsozialer Volksdienst, während sich die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei der Stimme enthielten. Als zukünftiger Vorsitzender soll der Abgeordnete Professor D. Kahl in Aussicht genommen sein. Das Zentrum lehnt den Abgeordneten Dr. Frank II ab, weil er katheolikenfeindliche Reden gehalten haben soll.

Neue Arbeitszeit bei der Reichsbahn.

Herabsetzung auf 48 Stunden wöchentlich.

In dem Tarifstreit bei der Reichsbahn wegen der Arbeitszeit ist ein Schiedsspruch verkündet worden. Dieser sieht die Herabsetzung der Arbeitszeit

auf 48 Stunden wöchentlich

für verschiedene große Gruppen von Reichsbahnarbeitern vor. Insbesondere kommen die Bahnunterhaltungsarbeiter und die Arbeiter der Ausbesserungswerkstätten in Betracht. Von dieser Regelung werden etwa 180 000 Arbeiter erfasst. Wegen weiterer Gruppen von Arbeitern hält die Schlichterkammer Besichtigungen und

weitere Nachprüfungen

für erforderlich. Diese weiteren Verhandlungen sollen Anfang Januar stattfinden.

Ehrenmeister Hindenburgs Dank.

An den scheidenden Handwerkskammerpräsidenten Plate.

Im Verlauf der Vertreterversammlung des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertages dankte Ministerialrat Dr. Hoppe dem zum Ehrenpräsidenten ernannten bisherigen Präsidenten Plate namens der Reichsregierung für die dem Handwerk und dem gesamten deutschen Volk geleistete Dienste und überreichte hierbei nachstehendes Schreiben des Reichspräsidenten:

„Sehr geehrter und lieber Herr Plate! Am 12. d. M. sollen Sie, wie ich höre, von dem Amt des Präsidenten des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertages, das Sie über ein Menschenalter als vorbildlicher Führer des deutschen Handwerks innegehabt haben, zurücktreten. Es ist mir ein Bedürfnis, bei Ihrem Scheiden aus dem Amt meinen Dank und meine volle Anerkennung zu wiederholen, die ich durch Verleihung der Adlerplakette bereits vor fünf Jahren zum Ausdruck bringen konnte. Möge es Ihnen nach einem langen und ehrenvollen Leben im Dienste des deutschen Handwerks vergönnt sein, noch viele Jahre sich rückwärtend der reichen Arbeit, die Sie geleistet haben, zu erfreuen. Mit freundlichen Grüßen von Hindenburg, Ehrenmeister des deutschen Handwerks.“

Ministerialdirektor Schindler machte davon Mitteilung, daß die preussische Staatsregierung Herrn Plate die silberne Medaille verliehen habe.

Hindenburg lehnt höflich ab!

Das Ehrenpräsidium des Luftfahrtkongresses.

In Paris tagt zurzeit der erste Internationale Luftfahrtkongress. Wie an andere Staatsoberhäupter war auch an den Reichspräsidenten die Einladung ergangen, in das Ehrenpräsidium der Tagung einzutreten. Das ist höflich abgelehnt worden. Wie verlautet, weil die deutsche Luftfahrt noch immer nicht volle Gleichberechtigung genießt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man darüber hinaus als gewichtigen Grund für die Weigerung des Reichspräsidenten die Tatsache verzeichnet, daß die Kriegsverbrecherliste, auf der ja bekanntlich auch Hindenburgs Name prunkt noch immer nicht aus der Welt geschafft ist.

Wer will Scharfrichter werden?

Aber 100 Bewerbungen um einen Posten.

Das Prager Justizministerium hat die Stelle eines Scharfrichters ausgeschrieben. Bisher sind über 100 Gesuche um diesen Posten eingelaufen, darunter auch von akademisch gebildeten Bewerbern. Der bisherige Scharfrichter war seines Postens enthoben worden, weil er in einer Unterredung gesagt hatte, sein Amt sei zu einer Komödie geworden.

„Wie ein wilder Esel.“

Der temperamentvolle Schimpfsmarschall.

In einer Unterredung sprach der polnische Staatspräsident Marschall Pilsudski von den Befugnissen des Staatspräsidenten: Die polnische Verfassung habe das Verhältnis zwischen den drei wichtigsten Faktoren des Staates, dem Staatspräsidenten, der Regierung und dem Parlament sehr mangelhaft geregelt; daher könne von einer ersprießlichen Zusammenarbeit keine Rede sein. Die Verfassung müsse dahingehend geändert werden, daß dem Staatspräsidenten als dem höchsten Vertreter des Staates das Recht zuerkannt werde, durch unmittelbaren Zugriff und persönliche Entscheidung die ganze Staatsmaschine in ihrer Tätigkeit zu regulieren. Vor allen Dingen müsse ihm das Recht einer eigenen Entscheidung wohl hinsichtlich der Ernennung der Minister, als gegenüber Sejm und Senat zustehen. Er, Pilsudski, habe als Staatsoberhaupt und zugleich oberster Heerführer oft furchtbare innere Kämpfe und Zweifel zu überwinden gehabt, obwohl er, wie er hervorhob, zu den besonders starken Menschen gehöre, die mit ausnehmender Kraft des Charakters und der Macht der Entscheidung ausgestattet seien. Oft sei er in innerem Ringen um die Entscheidung wie ein wilder Esel durch mehrere Zimmer auf und ab gelaufen und jedem mit den Fäusten ins Gesicht gefahren, der ihn dabei gestört habe.

Die Erbschaft aus Amerika.

Ein Osnabrücker Bankier großer Veruntreuungen bezichtigt.

Am 1. Oktober 1926 starb in San Francisco ein gewisser R. P. Aller, der ein Vermögen von 9600 Dollar hinterließ. Das Osnabrücker Bankhaus Gersie wurde mit der Ermittlung der Erben beauftragt. Als Erbin wurde eine Frau von Kockentien in Hamburg ermittelt. Die Erbregulierung zog sich bis Ende 1929 hin. Das Ergebnis war, daß das Bankhaus Gersie, das als Nachlassverwalter für die Regulierung amerikanischer Erbschaften in Nordwestdeutschland einen Ruf hat, mitteilte, es seien 2009 Dollar vom Nachlassgericht freigegeben worden. Davon

behält das Bankhaus den größeren Teil für sich zur Deckung von Unkosten. 880 Dollar wurden an die Erbin ausgezahlt. Nachforschungen ergaben jedoch, daß das amerikanische Erbschaftsgericht das ganze Vermögen freigegeben hatte, und daß diese Summe auch an das Bankhaus Gersie überwiesen worden war. Gegen den Bankier Gersie und seinen Prokuristen Leimbach ist jetzt von der Osnabrücker Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung wegen Veruntreuung eröffnet worden.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 15. Dezember 1930.

Weihnachtsmarkt.

In größeren Städten gab es früher richtige Weihnachtsmärkte, die auf bestimmten Plätzen aufgeschlagen waren und in ihrer Bunttheit und Lärmfreudigkeit wie ein richtiger Jahrmarkt wirkten. Ganz verschwunden sind diese Weihnachtsmärkte auch heute noch nicht, aber sie treten in den meisten Fällen nicht mehr so „konzentriert“, so in sich geschlossen auf, sondern verteilen sich als Einzelbudenzeile über Straßen und Gassen, so daß man sie sich gewissermaßen erst zusammensuchen muß, um ein Ganzes zu erhalten. Aber solche Weihnachtsmärkte der Großstadt meinen wir gar nicht, wenn wir hier kurzweg „Weihnachtsmarkt“ sagen — nein, wir haben dabei sozusagen die ganze Weihnachtsmarktallage im Sinne des Kaufens und Verkaufens um Weihnachten herum, mag es sich nun unter Budenzelten oder in den alten gewohnten Läden, in denen wir das ganze Jahr hindurch unsere Einkäufe besorgen, abspielen. Das ganze Jahr hindurch — also warum denn nicht auch zu Weihnachten, gerade zu Weihnachten nicht? Es ist nämlich so, daß viele von denen, welche in kleinen Orten wohnen, die Gewohnheit angenommen haben, ihre Weihnachtseinkäufe in der nächsten Großstadt zu tätigen oder sich das, was sie brauchen, nach Katalogen aus weiter Ferne ins Haus schicken zu lassen. Als wenn es heute nicht in nahezu jedem Orte Geschäfte gäbe, in welchen man alles genau so preiswert und genau so gut kaufen kann wie in den „Verkaufszentralen“! Es ist nämlich meist wirklich nur Einbildung, daß man anderswo alles „rein geschenkt“ bekomme, daß man anderswo „eine reichere Auswahl“ habe. Heutzutage muß auch der Kaufmann in einem kleineren Orte gut „assortiert“ sein, wenn er der Konkurrenz standhalten will, und darum ist er gut assortiert. Warum also immer weiter schweifen, wo das Gute so nah liegt? Und dazu kommt noch etwas hinzu, etwas Wichtiges sogar: Gerade bei dem Kaufmann zu Hause, den man seit so vielen Jahren kennt und der einen selbst seit so vielen Jahren kennt, kann man eingehend prüfen und besprechen, was man kaufen soll und will, während man fern von dem eigenen Wohnorte in den Geschäften nur ein Zergewer, eine Nummer ist und meist nach Schema abgefertigt wird. Die Moral von der Geschichte: Kauft jetzt, gerade jetzt, wo es sich um die Weihnachtseinkäufe handelt, nach Möglichkeit zu Hause oder in nächster Nähe eures Zuhauses, sei es auf eurem eigenen Weihnachtsmarkt, sei es in den „festen“ Läden, denn die Kaufleute, die eure Mitbürger sind, haben es wirklich auch nicht leicht!

—* Auf Grund der §§ 39 und 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 ist vom Bezirksausschuß in Arnberg beschlossen, in Abänderung der Beschlüsse vom 18. Juni 9. Juli 1930 den Beginn der Schonzeit für Fasanhennen auf den 18. Januar 1931 festzusetzen. Letzter Jagdtag ist somit der 17. Januar 1931.

—* Tagung der Jugendherbergs-Eltern. Diese fand am 6.-7. Dezember in dem schönen Eigenheim des Ganes Sauerland in Hohenlimburg statt. Der erfreulich zahlreiche Besuch bewies die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aussprache über die vielen wichtigen Fragen, die sich für unsere Jugendherbergs-Eltern ergeben. Zuvor der Tagung war vor allem auch die Herbergseltern gemeinsam zu unterrichten und Stellung zu verschiedenen, im Brennpunkt stehenden Fragen zu nehmen. Diese beziehen sich besonders auf wirtschaftliche Gebiete. Sparsamkeit in jeder Beziehung, möglichst viel Eigenarbeit, der Weg der Selbsthilfe sind Dinge, die zwar den Herbergseltern bekannt, aber dennoch immer wieder betont werden müssen. Die Kernfrage für unsere Herbergseltern ist die Behandlung der Gäste. Soweit Belehrungen erforderlich waren, wurden diese gegeben. Freundlichkeit im Umgang, Hilfsbereitschaft jederzeit sind Voraussetzungen für einen guten Herbergseltern.

Erfreulich war die Feststellung der Herbergseltern, daß nur etwa 1% der Jugendherbergsbenutzer glaubt, sich in die Hausordnung nicht einfügen zu müssen. — Das Uebernachtungsgeld bleibt möglichst einheitlich mit 25 bzw. 55 Pfg. bestehen. Bei den hygienischen Fragen wurde die Wichtigkeit des Wäschezwanges betont. Jede Unterstüßung verdient der Schlafsaal, der in keinem Zustand sein sollte. Er ist durch den Reichsverband, seine Gane und Ortsgruppen, teilweise auch durch die Jugendherbergen zu beziehen. Die Einrichtung von Selbstversorgerküchen besteht in fast allen Jugendherbergen. Auch hier waren gewisse Richtlinien nötig. Das Ergebnis der Besprechung ging vor allen Dingen dahin, daß die Einrichtungen dazu zwingen, für die Folge Geschirr und Porzellan nur gegen entsprechende Sicherheit heraus zu geben. In jeder Jugendherberge sollte Gelegenheit zum Selbstabkochen sein. Die Tagung nahm einen durchaus befriedigenden Verlauf. Außer Landrat Dr. Voos, der als Vorsitzender begrüßte, war Sonntagvormittag Herr Bürgermeister Dr. Gök von Hohenlimburg längere Zeit Gast. Im Anschluß an die Tagung fand eine Besichtigung der Jugendherberge Herlohn und Menden statt.

Halver

—) In einer gemeinschaftlichen Sitzung vom Vorstand und Aufsichtsrat des Konsumvereins Halver ist beschlossen, den Mitgliedern, welche erwerbslos sind, in Rücksicht auf die schwere Not eine Weihnachtsbeihilfe in Form von Lebensmitteln zu stiften. Berücksichtigt werden nur solche Mitglieder, die sich im laufenden Kalenderjahre der genossenschaftlichen Einrichtung bedient haben und für dieses Jahr einen Umsatz von 260 RM. bei der Genossenschaft nachweisen können, dieser Beschluß ist mit Freuden zu begrüßen, wenn auch diese Maßnahme die große Not nicht vollständig behebt, so dient doch die Beihilfe zur Linderung der Not in mancher Familie. Ohne Zweifel wird dieses Vorgehen des Konsumvereins das Interesse an seiner Einrichtung heben. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in der heutigen Zeitung.

—! Im Saale des Hauses zur Fuhr fand am gestrigen Abend eine Versammlung der N. S. D. A. P. Ortsgruppe Halver statt. Der Besuch war derart groß, daß der geräumige Saal dicht gedrängt bis in den äußersten Winkel besetzt war. Der für den Abend gewonnene Redner Herr Franzens-Düsseldorf sprach in zweistündigem Vortrage über die Wirtschaftspolitik der S. P. D. in den letzten 11 Jahren und wie sie durch diese Politik das deutsche Volk immer tiefer in den Abgrund gebracht habe. In der anschließenden Diskussion sprachen von der S. P. D. der Maschinen-Schlosser Adolf Bremicker und ein Herr Ruhr. Beide Redner widerlegten in eingehender Weise, die der S. P. D. gemachten Vorwürfe. Nach einem Schlußwort des Herrn Franzens, konnte die Versammlung kurz nach 12 Uhr geschlossen werden.

Schalksmühle

—x Verkehrsverein. Im Lokale des Herrn W. Heedfeld fand am Freitag eine Versammlung des Verkehrsvereins für Schalksmühle und Umgegend statt. Im Vordergrund stand die Berichterstattung des Vorsitzenden Postmeisters Grundmann über die dreitägige Tagung des Westfälischen Verkehrsverbandes in Dortmund, sie erstreckte sich in ausführlicher Weise über Organisation und Aufgaben der Verkehrsvereine, die lokalen Voraussetzungen für Hebung des Fremdenverkehrs, Verkehrsstatistik ihre praktische Anwendung und Bedeutung, Verkehrserwerb durch den Schulunterricht, die deutsch-holländischen Reisebeziehungen, Charakter und Lebensauffassungen der Holländer, ihre Reisevereinigungen und Reisevorbereitungen, Reisebüros und Werbemaßnahmen, ferner welche Rolle spielt die Gaststätte durch den Dienst am Kunden und Verkehr? Zur Verkehrspropaganda in Wort, Schrift und Bild wurde auch der künstlerische Wert, die Ausschmückung und Anziehungskraft des Werbematerials sowie Form und Größe der Prospekte, ihre Ausgestaltung dahin, daß jedes Bild zum Blickfang wird, sowie die Beschaffung der Anhänge hervorzuheben. In der allgemeinen Aussprache fand auch die gespannte Wirtschaftslage entsprechende Beachtung, doch wurde mehrfach dem Wunsch Ausdruck gegeben, den niedrigen Pfllichtbeitrag von 2 RM. bestehen zu lassen, um jedermann den Beitritt zu ermöglichen, andererseits möchten aber leistungsfähigere Kreise erhöhte Zuwendungen machen, zumal der Verkehrsverein als freier Verein auch dem Aufbau angehört und Verkehrsverbund Wirtschaftsförderung bedeutet.

Kierspe

+ Die Mütterberatung findet am Mittwoch den 17. ds. Mts. in Bollwerk um 2 Uhr und in Kierspe um 3 Uhr statt.

—s Eine Sitzung der größeren Kirchen-Vertretung fand am Samstag nachmittag statt. Die Vertretung tagte zum achten Male in dem großen Zimmer des Vereinshauses (alte Schule), was seitens der Repräsentanten sehr begrüßt wurde. Der Vorsitzende des Presbyteriums, Herr Pfarrer Eggerling, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Kirche nunmehr geeignete Räume für Tagungen zur Verfügung stehen. Sodann widmete er dem verstorbenen Repräsentanten Hugo Fischer in Kierspe-Bahnhof herzliche Worte des Andenkens und forderte die Vertretung auf, zu Ehren des Verstorbenen sich von den Sigen zu erheben. Zum Ersatzmann wählte man sodann unter Punkt 1 der Tagesordnung Hermann Wiegold in Kierspe-Whf. Die Abhaltung von Gottesdiensten in Bollwerk, worüber die Vertretung sich wohlwollend aussprach, ist beim Konsistorium beantragt worden. Betreffs Regelung zur Uebernahme der entstehenden Nebenkosten wurde beschlossen, darüber nähere Beschlüsse zu Anfang nächsten Jahres zu treffen. Bis dahin soll der Vertretung eine Aufstellung über die gesamte Nebenkosten, die der Kirche durch Abhaltung von Gottesdiensten außerhalb der Kirche, sowie für die kirchlichen Vereine usw. entstehen, vorgelegt werden. Nachdem noch einige kleinere Punkte besprochen waren, ging man zum Schluß noch auf Unterstützungen in Not geratener Familien ein. Die Kirche wird der Not nach Kräften steuern und wurden verschiedene Möglichkeiten besprochen, wegen deren Durchführung man noch Beschlüsse treffen wird.

Der Krieg um den Remarque-Film.

Eine sozialdemokratische Interpellation.
Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zu dem Verbot des Remarque-Films eine Interpellation eingebracht, in der angefragt wird: 1. Ist die Reichsregierung imstande und bereit, Material vorzulegen, auf Grund dessen die Oberprüfstelle den Film als das deutsche Ansehen schädigend bezeichnet hat? 2. Was gedenkt die Reichsregierung gegen die schwere politische und wirtschaftliche Schädigung Deutschlands im Ausland zu tun, die dieses Verbot hervorruft? 3. Ist die Reichsregierung bereit, auf die zuständigen Ressorts dahin zu wirken, daß bei einer erneuten Überprüfung des Films auf Antrag der Hersteller Gutachter abgegeben werden, die den Friedens- und Verständigungswillen des deutschen Volkes gerecht werden?

Ein Blatt hatte sich melden lassen, der Pariser Botschafter von Hoeßel habe sich in der Angelegenheit des Films „Im Westen nichts Neues“ an die Reichsregierung gewandt und diese beschworen, alles zu tun, um ein Verbot des Films zu verhindern. Von zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, daß Botschafter von Hoeßel allerdings über die Wirkungen des Films in Frankreich berichtet habe, daß er aber weder die Reichsregierung beschworen habe, alles aufzubieten, um ein Verbot des Films zu verhindern, noch gesagt habe — wie es in der Meldung hieß — die moralische Abrüstung der Völker würde dadurch gefährdet und die internationale Stellung Deutschlands geschwächt.

Eine Beleidigungsaklage Eugenbergs.

Gegen einen sozialdemokratischen Redakteur.
Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Amtsgerichtsrat Bues, begann ein Beleidigungsprozeß des Geheimrats Eugenbergs gegen den verantwortlichen Vorwärts-Redakteur Geier wegen eines im Vorwärts am 29. November 1929 erschienenen Artikels. In diesem Artikel hieß es u. a., die Eugenbergsche „Stilbank für Handel und Gewerbe“ habe die Spar- und Geschäftsgelder von kleinen Leuten gesammelt; diese Gelder seien dann unter Zuhilfenahme der „Östdeutschen Privatbank A.-G.“ für Zwecke des Eugenbergs-Konzerns, also auch für Zeitungsfinanzierungen und zum Kinobau, verwandt worden. Der Führer der zweitgrößten Partei verurteilte mit beifolgender Skrupellosität.

Das Geld kleiner Leute für Privatgelddeschäfte.
Weiter wird von dem „profigeliebenden Eugenberg“ gesprochen und gesagt, er und sein Anhang müßten mit Schimpf und Schande aus dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der Eugenbergs-Bank verschwinden.

In der Verhandlung will der Vorwärts den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung antreten. Dr. Eugenberg will unter Beweis stellen, daß die von ihm verwalteten Gesellschaften in keiner Weise an der Stilbank beteiligt waren. Ferner will er beweisen, daß es bei der Stilbank niemals zu einer Zahlungseinstellung gekommen ist.

Der Angeklagte führte aus, daß im Jahre 1926 die Vorgänge bei der Landbank schon unliebsames Aufsehen wegen der Rolle, die Eugenberg gespielt hatte, erregten. Das gleiche sei im letzten Jahre mit der Stilbank, die unter Mithilfe des preussischen Staatsbankiers bzw. auf die Dresdener Bank übergeführt werden mußte, geschehen.

Rechtsanwalt Gerveling wandte sich vor allen Dingen dagegen, daß Eugenbergs Privatperson immer mit den Gesellschaften, die er im Auftrage einer Gruppe von Freunden tätige, identifiziert werde. Eine Beweisaufnahme fand nicht statt. Rechtsanwalt Donner als Rechtsbeistand des Privatklägers betonte, daß der fragliche Artikel des Vorwärts im Gegensatz zu denen anderer Blätter durchaus unsachlich gehalten sei und die Tatsachen

in allen wesentlichen Punkten falsch anführe.

Der ganze Ton und Sinn des Artikels sei offensichtlich nicht auf eine sachliche Unterrichtung des Leserkreises abgestellt, sondern auf eine politische und persönliche Hege gegen den Privatkläger Dr. Eugenberg. Der Angeklagte habe den Nachweis auch für seine schwerwiegende Behauptung, die Wirtschaft Eugenbergs hätte den Ruin der Landbank und zahlreicher ostdeutscher Siedler zur Folge gehabt, in keiner Weise geführt. Eugenberg sei kein reicher Mann, sondern besitze nur ein bescheidenes Vermögen. Er habe niemals eigene Millionen in Unternehmungen stecken können. Im Gegensatz zu den andauernden gegen ihn gerichteten Verleumdungen habe Eugenberg finanzielle Interessen den nationalen Belangen gegenüber stets hingewiesen. So solle die Stilbank auch nur allein dem Zweck dienen, die ostdeutschen Interessen zu schützen.

Das Urteil im Beleidigungsprozeß Eugenbergs.

Der angeklagte Vorwärts-Redakteur Dr. Geier wurde wegen übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 500 Mark, an deren Stelle im Nichtzahlungsfalle für je 25 Mark ein Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Dem Privatkläger Dr. Eugenberg wurde die Publikationsbefugnis des Urteils im Vorwärts ausgesprochen.

In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß auch der Verteidiger die Schärfe der Angriffe gegen Dr. Eugenberg anerkannt habe. Die Zusammenbrüche der Stilbank und der Landbank seien nach Ansicht des Gerichts nicht durch ein Verschulden des Privatklägers verursacht worden, sondern durch die Not des Krieges. Die Schwierigkeiten bei der Landbank reichten in eine Zeit zurück, zu der der Privatkläger überhaupt noch nicht maßgebend mit ihr befaßt gewesen sei.

Traurige Kriegserinnerungen.

Ein deutsches Lazarett.
Unter einer französischen Schule entdeckt.
Unter einer Mädchenschule in Fouquieres-lez-Lens (Frankreich) wurde in etwa acht Meter Tiefe ein sauber eingerichteter ehemaliges deutsches Lazarett entdeckt, von dessen Bestehen man bisher keine Ahnung gehabt hatte. Die Schule, die im Laufe der Jahre zu klein geworden war, war in den letzten Wochen um ein Stockwerk erhöht worden. Es zeigten sich bald Risse in den Grundmauern, so daß die Baubehörde die Ansicht vertat, daß das Fundament zu schwach sei. Genaue Untersuchungen führten dann zur Freilegung des ehemaligen Lazarett, das in verschiedene große Säle eingeteilt war. Angesichts der Einsturzgefahr mußte die Schule sofort geräumt werden.

Bei Auvarbeiten in Neuve Chapelle (Frankreich) wurden die Leichen von sechs deutschen Soldaten freigelegt. Die Identifizierung war unmöglich, da bei den Toten keine Erkennungsmerkmale gefunden wurden. Die sterblichen Überreste wurden den französischen Militärbehörden übergeben, die für die Beisetzung auf einem der deutschen Kriegsfriedhöfe Sorge tragen werden.

Große Ministerbesuche in den Ostgebieten.

Curtius — Brüning — Luther.

Reichsaussenminister Dr. Curtius wird sich am Montag nach Königsberg begeben, um sich dort über die Lage der Provinz Ostpreußen informieren zu lassen. Am Mittwoch wird der Minister nach Berlin zurückkehren. Weiter soll

Die Militärrevolte in Jaca

Republikanische Bewegung in ganz Spanien.

Vorläufer einer Revolution.

Ein plötzliches, auffälliges Verbot der spanischen Regierung, telephonische, telegraphische oder Rundfunkmitteilungen aus Ausland zu geben, ließ auf besondere politische Vorkommnisse in Spanien schließen. Nach der später wiederhergestellten Verbindung wurde denn auch bekannt, daß in der nordspanischen kleinen Festung Jaca eine Militärrevolte ausgebrochen sei. Die Regierung mußte die Tatsache des Aufstandes zugeben. Sie trat sofort zu einer Beratung zusammen. Die Meuterer sollen die Telegraphenleitungen und die Eisenbahnverbindungen unterbrochen haben. Nach einer Erklärung des Innenministers Matos sind von der Bewegung zwei Artillerieregimenter und ein Infanterieregiment ergriffen. Von Saragossa sind mehrere Regimenter nach Jaca zur Unterdrückung der Revolte abgeschickt worden. Weitere Truppenteile haben Befehl erhalten, sich für die Beförderung nach Jaca in Bereitschaft zu halten.

Die Regierung gab eine beruhigende offiziöse Erklärung aus, in der gesagt wird, daß direkte Nachrichten aus Jaca vorliegen, nach denen die Ereignisse weniger ernst seien, als man zunächst angenommen habe. Ein Teil der Garnison zeige keinen Widerstand gegen die Rebellen fort. Da die Bewegung beschränkt sei, wäre sicher, daß der unglückliche Zwischenfall bald beigelegt sei.

Nach in Madrid unlaufenden Gerüchten hat die Zivil-

der Reichskanzler beabsichtigen, Anfang Januar mit den Ministern Treviñano und Sotillo, sowie dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther in die Ostgebiete zu reisen, um an Ort und Stelle die Lage dieser Gebiete zu prüfen und mit den dortigen Kreisen persönlich Fühlung zu nehmen.

Deutsche Ansiedler bei Stegerwald.

Der Reichsarbeitsminister verspricht zu helfen.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald empfing am Freitag eine Abordnung von den Polen enteigneter deutscher Ansiedler, die ihm in eingehenderweise ihre trostlose Lage schilderten. Dr. Stegerwald bekräftigte lebhaftes Interesse für alle Besserungsvorschläge auf dem Gebiet des Ansiedlungswezens und versprach zu helfen, soweit es möglich sei.

Blutige politische Zusammenstöße.

Ein Toter — ein Schwerverletzter.

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Aheydt kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die die Versammlung störten. Ein Nationalsozialist wurde durch Messerschlag schwer verletzt. Die Polizei verhaftete drei Kommunisten.

In der Dählener Straße gab später bei neuen Streiftätigkeiten, wie der Polizeibericht meldet, einer der Gladbacher Nationalsozialisten vier Schüsse ab. Ein 26jähriger Kommunist wurde durch einen Herzschuß getötet. Bald darauf wurden die vier Nationalsozialisten, darunter der Bruder des Reichstagsabgeordneten Dr. Göttsch, verhaftet. Der Nationalsozialist, der die Revolvergeschüsse abgegeben hat, gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben.

Militäraufstand in einer spanischen Grenzfestung der Pyrenäen.

Fliegermajor Franco in Jaca?

In der in den Pyrenäen liegenden spanischen Festung Jaca ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Aufständischen werden von einem als Republikaner bekannten Oberleutnant geführt. Man nimmt an, daß sich auch der kürzlich aus dem Madrider Militärgefängnis ausgebrochene Ozeanflieger Major Franco in Jaca befindet. Die Garnison Jaca ist etwa 1400 Mann stark und setzt sich aus Infanterie, Jägern und Artillerie zusammen. Die Regierung hat Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes entsandt. Außerdem hatte sie eine sechsstündige Presseszensur für Auslandstelegramme verhängt.

Das Lübecker Säuglingssterben vor dem Reichsgesundheitsrat.

Das Calmettesche Impfverfahren ist unschuldig.

Der Reichsgesundheitsrat hat sich in zwei Sitzungen mit den durch Tuberkelimpfungen in Lübeck verursachten Erkrankungen und Todesfällen von Säuglingen befaßt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die in Frage kommenden Krankheits- und Todesfälle nicht auf das Calmettesche Verfahren zurückzuführen seien. Es sei wahrscheinlich, daß durch ein „unerkanntes Versehen“ beim Arbeiten den Calmetteschen Kulturen virulente (giftige) Tuberkelbazillen beigemischt worden sind. Der Reichsgesundheitsrat hält im übrigen an der 1927 gefaßten Entschlieung fest, daß von einer

Tuberkuloseimpfungsbehandlung zunächst abzuraten ist, namentlich wenn dabei lebende Bazillen, wenn auch in abgeschwächter Form, verwendet werden.

Schlusssätze

im kleinen Bombenlegerprozeß.

Am Dienstag Urteil.

Im kleinen Bombenlegerprozeß wurden die Blädowns der Verteidigung fortgesetzt. Am Schluß hat Angeklagter Hellmann, ihn für alles verantwortlich zu machen und seine Kameraden zu schonen von Wilmarisch-Möllendorf gab an, er stütze sich auf das preussische Gesetz vom 31. April 1913, als es darauf angekommen, das Vaterland zu befreien. Hambroß betonte, kein Volk verlaufe ungeschützt zwei Generationen seiner Freiheit. Auch behauptete, er sei über das politische Motiv Dr. Hellmanns nicht unterrichtet gewesen. Die beiden anderen Angeklagten verzichteten auf das Schlusssatz.

Die Verkündung des Urteils ist für Dienstag, den 16. Dezember, 16 Uhr, zu erwarten.

bevölkerung in Jaca sich den revoltierenden Truppen angeschlossen. Die Ansicht gewinnt an Boden, daß der Putsch der Vorläufer einer allgemeinen republikanischen Bewegung in ganz Spanien ist. Es scheint, daß der Führer der Revolte der frühere Hauptmann Galen ist, der im Jahre 1926 wegen betrügerischer Umtriebe aus der Armee ausgeschlossen worden war. Auch der Ozeanflieger Major Franco, der kürzlich aus dem Gefängnis in Madrid entwichen ist, soll an der Bewegung beteiligt sein.

Erste Nachrichten.

Später wurde in Madrid verbreitet, das Regiment, das am Freitag von Huesca gegen Jaca ausrückte, sei zu den Aufständischen übergegangen. Der Führer, der bekannte Marokkageneral Dolla, ist gefangen. Der Bischof von Jaca ist als Geisels festgenommen. Die bekannten Republikaner und Sozialistenführer sind aus Madrid verschwinden. Sie sollen an den für den Fall einer Revolution für sie vorgesehenen Posten angelangt sein.

In der Nacht soll die Regierung an die Flieger herangetreten sein, um sie für den Kampf gegen die Aufständischen von Jaca zu gewinnen. Sie sollen sich aber geweigert haben, etwas zu unternehmen. In Salamanca sollen die Truppen in den Kasernen mit ihren Offizieren beraten.

Schnelle Sühne in Jaca.

Der Aufstand der Garnison von Jaca hat eine schnelle Sühne gefunden. Zwei Hauptleute, die von einem Standgericht verurteilt wurden, sind erschossen worden. Ein dritter ebenfalls Verurteilter wurde zu lebenslangem Kerker verurteilt.

Generalstreik in Saragossa.

Blutiger Kampf zwischen Regierung und Aufständischen.
In Saragossa ist der Generalstreik ausgerufen worden, nachdem es vorher zu Schießereien zwischen den regierungstreuen Elementen und Republikanern gekommen war. Diese Tatsache dürfte für die Arbeiterschaft das Signal sein, sich dem Aufruhr von Jaca anzuschließen. In Madrid wurden mehrere republikanische Abgeordnete und führende linksstehende Journalisten verhaftet.

Der spanische Ministerpräsident teilte mit, daß die von der Regierung entsandten Truppen aus Saragossa etwa 30 Kilometer von Huesca entfernt auf die Aufständischen gestoßen sind, wobei es zum Kampf zwischen den beiden Parteien kam. Im Verlaufe des Gefechts, bei dem von den Regierungstruppen auch Artillerie eingesetzt wurde, konnten 100 Gefangene gemacht werden, darunter einige Offiziere. Die Verluste betragen nach amtlicher Angabe auf Seiten der Rebellen drei Tote und elf Schwerverletzte. Die gefangenen Offiziere werden vom Kriegsgericht abgeurteilt und voraussichtlich erschossen werden. Die Regierung hält damit den Aufstand für niedergeschlagen. Im Gegensatz hierzu herrscht auf republikanischer Seite die Überzeugung, daß die Bewegung noch weiter um sich greifen wird.

Schweres Einsturzungsunglück.

Drei Arbeiter von Trümmern erschlagen.

Auf dem Fabrikgelände der Firma Villeroy und Boch in Badgassen ereignete sich ein schweres Einsturzungsunglück. Ein kurz vor der Vollendung stehender Neubau stürzte mit furchtbarem Getöse ein. Fünf Bauhandwerker wurden unter den Trümmern begraben. Drei Arbeiter waren tot, während nach langen Mühen die beiden anderen geborgen werden konnten. Der eine hat sehr schwere Verletzungen davongetragen, der andere ist nur leicht verletzt worden. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Die Handwerker waren gerade im Begriff, die Stützhölzer zu entfernen, als sich das Unglück ereignete.

112 Personen schwer erkrankt.

Massenvergiftungen in einem englischen Krankenhaus.

In einem Krankenhaus in Rocheford in der Grafschaft Essex sind 112 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Das Befinden der Erkrankten ist zum Teil sehr ernst. Möglicherweise liegt Vergiftung nach dem Genuß von Hackfleisch vor. Eine Frau ist bereits gestorben, jedoch konnte noch nicht festgestellt werden, ob ihr Tod tatsächlich auf Vergiftungserscheinungen zurückzuführen ist. Das Gesundheitsministerium hat Sachverständige zur Untersuchung entsandt.

Schweres Bergwerksunglück in England.

Durch eine Explosion in einem Bergwerk in Süd-Worshire wurden vierzehn Bergleute schwer verletzt. Dichter Rauch erschwerte die Rettungsarbeiten. Die Entstehungsursache der Explosion ist unbekannt.

Wo es noch Geld gibt.

Acht Millionen Dollar unterschlagen.

Aus Hollywood (Kalifornien) wird gemeldet: Nach einer Sitzung des Verwaltungsrats der „Guaranty Building Loan Association“ erklärte eines der Mitglieder, einer der Beamten des Instituts habe

Unterschlagungen in Höhe von mehreren Millionen Dollar gestanden.

Der Verwaltungsrat schätzte den entwendeten Betrag auf acht Millionen Dollar. Der betreffende Beamte soll ein Mitglied der Verwaltung einer Bank von Hollywood, die ihre Zahlungen eingestellt hat, sowie mehrere andere Firmen ebenfalls belastet haben.

Bestialischer Raueakt.

Zwei Mädchen verbrannt.

Im Dorf Karadil bei Janta hat sich, wie aus Belgrad gemeldet wird, nachts eine schwere Bluttat ereignet, die unter der Bevölkerung großes Aufsehen hervorgerufen hat. Der Besitzer Johann Häfner war mit seiner Frau in die Stadt gegangen und kehrte erst in der Nacht zurück. Er fand seine beiden Töchter im Alter von fünf und sechs Jahren tot vor. Während der Abwesenheit des Ehepaares war ein Unbekannter in das Haus eingedrungen und hatte das Bett der Kinder angezündet. Auch der größte Teil der Zimmereinrichtung ist verbrannt. Anscheinend handelt es sich um einen Raueakt.

